Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Pflege

52. Sitzung
31. März 2025

Beginn: 09.34 Uhr
Schluss: 13.00 Uhr
Vorsitz: Silke Gebel (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE) stellt folgende zuvor schriftlich eingereichte Frage:

„Was unternimmt der Senat, um die menschenunwürdigen Zustände im Krankenhaus des Maßregelvollzugs zu beenden, in dem noch immer Patient*innen unzumutbar lange in der Isolationshaft verbringen oder kein täglicher Ausgang aus den Zimmern gewährleistet ist?“

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) betont, der Masterplan für das Krankenhaus des Maßregelvollzugs – KMV – werde umgesetzt, wenngleich nicht in den großen Schritten, wie sie sich die Senatsverwaltung wünsche. Isolierungen und besondere Sicherheitsmaßnahmen erfolgten gemäß § 72 PsychKG. Die Sicherungsmaßnahmen müssten aufgehoben werden, sobald die Voraussetzungen für deren Anordnung entfallen seien. Sie hoffe, es bestehe Einigkeit in der Ansicht, es beständen permanente Bemühungen, die Gemeinschaftsfähigkeit längerfristig isolierter Patienten zu erproben und diese zu reintegrieren. In Einzelfällen müssten Sicherungsmaßnahmen erforderlichenfalls für einen längeren Zeitraum angemeldet werden. Die Voraussetzungen für Sicherungsmaßnahmen würden fortwährend von der oberärztlichen Abteilungsleitung sowie der ärztlichen Leitung geprüft.

Längerfristig isolierte Patientinnen und Patienten würden vorsichtig, behutsam und schrittweise wieder in die Gemeinschaft integriert und ständen unter ständiger Beobachtung der Gemeinschaftsfähigkeit, des psychischen Zustands, des ursprünglichen Krankheitsbildes sowie der Einschätzung der Gefährlichkeit. Dies beinhalte gleichwohl zeitliche Ausführungen der Patientinnen und Patienten wie Teilnahme an Mahlzeiten außerhalb der Sicherungsräume, Ausführung in den Garten und Aufenthalt auf der Station in Personalbegleitung, die im zeitlichen Umfang gesteigert werde. Durch die letztgenannten Maßnahmen solle die Gemeinschaftsfähigkeit wiederhergestellt werden.

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE) bekundet, ihres Wissens habe es Gespräche zwischen dem Regierenden Bürgermeister sowie der Senatsgesundheits- und der Senatsjustizverwaltung gegeben, was sie insgesamt begrüße. Sie interessiere, ob und in welchem Rahmen die Justizverwaltung Amtshilfe leisten wolle. Sei es um konkrete Platzzahlen gegangen?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erwidert, seit Sommer 2024 leiste SenJustV Amtshilfe im Justizvollzugskrankenhaus – JVK –, was nur innerhalb des vorgesehenen rechtlichen Rahmens möglich sei. Es gebe bis zu zehn Plätze. Darüber hinaus fänden Gespräche über die Nutzung einer nicht genutzten Station des JVK statt, sodass es zu weiteren kurzfristigen Entlastungen kommen könne. Ansonsten werde alles daran gesetzt, im Oktober die Immobilie Kirchhainer Damm belegen zu können.

Vorsitzende Silke Gebel hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Tamara Lüdke (SPD) stellt folgende zuvor eingereichte Frage:

„Welche konkreten Schritte unternimmt die Senatsverwaltung, um sicherzustellen, dass Berlin sich künftig wieder am Abwassermonitoring auf Drogen beteiligt?“

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) schickt voraus, das Abwassermonitoring sei eine gute Methode, um Hinweise auf das Ausmaß des Drogenkonsums sowie die konsumierten Substanzen der Berliner Bevölkerung zu erhalten. Es stelle eine Ergänzung zum epidemiologischen Suchtsurvey dar. Die Abwasseruntersuchung liege bislang nicht in der fachlichen Verantwortung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege. Gleichwohl sei man sehr an den Ergebnissen interessiert. Deshalb habe man sich im Januar 2024 an das Bundesgesundheitsministerium gewandt, um ein Abwassermonitoringprojekt zum Thema Cannabis an der TU Dresden auf Berlin zu überführen. Die Wasserbetriebe hätten sich an dem Projekt leider nicht beteiligt und SenWGP habe keine Handhabe, auf diese einzuwirken.

Da sich laut Presseberichten die personelle Situation seitens der Wasserbetriebe jedoch verbessert habe, sollten erneut Gespräche mit diesen aufgenommen werden, um perspektivisch zu Regelungen zum Abwassermonitoring zu kommen. Sinnvoll wäre es, neben den üblichen Substanzen auch Kokain, Heroin, Amphetamin, Ketamin, Nikotin und Alkohol zu berücksichtigen und neue Substanzen in den Untersuchungskatalog mit aufzunehmen.

Tamara Lüdke (SPD) wirft die Frage auf, welche anderen Maßnahmen es neben dem Abwassermonitoring gebe.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) legt dar, das Abwassermonitoring erlaube Schlussfolgerungen auf Art und Ausmaß der konsumierten Drogen und lasse einen Vergleich mit anderen Städten und Regionen zu. Als weitere Maßnahmen nenne sie das Drug-Checking sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit Drogenkonsum bei Partys. Sie hoffe, dass diese Maßnahmen auch im nächsten Doppelhaushalt finanziert würden.

Vorsitzende Silke Gebel erklärt, es gebe keine weiteren Nachfragen.

Carsten Schatz (LINKE) stellt die zuvor schriftlich eingereichte Frage:

„Erwartet der Senat, dass sich die ambulante Versorgungslage durch die Entbudgetierung der Hausärzt:innen in Berlin wesentlich verbessert?“

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) stellt fest, dass das bisherige ambulante Angebot in der Fläche ohne eine wirtschaftliche Vergütung gerade der hausärztlichen Tätigkeit nicht zu halten sein werde. Der Senat begrüße deshalb die Entbudgetierung der hausärztlichen – wie bereits der kinder- und jugendärztlichen – Vergütung. Diese Maßnahme sei zwar wichtig, jedoch nicht ausreichend, um die hausärztliche Versorgung nachhaltig zu verbessern. Es müssten weitere Anstrengungen unternommen werden. Vor allen in den weniger gut versorgten Planungsbereichen II und III im östlichen Berlin müsse er zu Verbesserungen kommen. Hierfür halte sie auch den Aspekt Patientensteuerung für maßgeblich.

Carsten Schatz (LINKE) fragt nach, ob er es richtig verstanden habe, dass sich die Versorgungslage mit Hausärztinnen und -ärzten in Berlin nicht verbessern werde.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, diese Interpretation sei zu weitgehend. Sie würde eher von einem Ja unter Bedingungen sprechen. Zu den Bedingungen gehöre die Nutzung telemedizinischer Möglichkeiten sowie das medizinische Ersteinschätzungsverfahren zur Patientinnensteuerung sowie die Ausweitung der delegationsfähigen Leistungen.

Carsten Ubbelohde (AfD) stellt spontan folgende Frage:

„Worin erkennt der Senat die Ursachen für die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Hilferufe an die Feuerwehr, die zu einer Überlastung des Notrufs und nun zu einer Änderung des Notrufmanagements geführt haben und eine Art Triage eingeführt werden musste, um die Anrufe zu filtern und nach Dringlichkeit zu sortieren?“

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) verweist darauf, diese Frage sei in der letzten Plenarsitzung sehr ausführlich von der Innensenatorin beantwortet worden. Auch hier spiele der Fachkräftemangel eine Rolle, weshalb man sich Gedanken darüber machen müsse, wer die Rettungsstellen wie frequentiere.

Carsten Ubbelohde (AfD) fragt, ob es für möglich erachtet werde, dass eine nachlassende Versorgungsdichte in der ambulanten Versorgung, viele Bürger in ihrer Not dazu bringe, die Feuerwehr zu kontaktieren.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) betont, es müssten Informationen für mündige Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt und erklärt werden, welche weiteren Hil-

femöglichkeiten neben dem Notruf der Feuerwehr zur Verfügung ständen. Dazu gehöre für sie, sowohl die Möglichkeiten der Telemedizin als auch das Angebot der Gesundheitslotsinnen und -lotsen auszuweiten.

Vorsitzende Silke Gebel stellt fest, die Aktuelle Viertelstunde sei damit abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, in Hinblick auf die Länge der Tagesordnung sei sie bereit, auf einen mündlichen Bericht zu verzichten. Sie biete an, stattdessen schriftlich über den Tag des Gesundheitsamtes, die Ombudsstelle Pflegeausbildung sowie den Jahresbericht der Heimaufsicht zu berichten.

Vorsitzende Silke Gebel hält fest, dass der **Ausschuss** das Angebot eines schriftlichen Berichts annehme und der Tagesordnungspunkt damit abgeschlossen sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0153](#)
GesPflieg
Aktueller Stand der Krankenhausreform
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0173](#)
GesPflieg
Folgen der Krankenhausreform für die Gesundheitsversorgung in Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0316](#)
GesPflieg
Stand der Krankenhausplanung und -reform in Berlin: Aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung“
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0305](#)
GesPflieg
Wie wird das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz in Berlin umgesetzt? Aktueller Stand und nächste Schritte
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0268](#)
GesPflieg
Erstellung des Berliner Krankenhausplans – Vernetzung mit der ambulanten Versorgung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- f) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0031](#)
Aktueller Stand der stationären Versorgung in den Berliner Krankenhäusern
(auf Antrag der AfD-Fraktion) GesPflfeg
- g) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0038](#)
Finanzielle Lage der Berliner Krankenhäuser – auch und insbesondere infolge der Corona-Pandemie
(auf Antrag der AfD-Fraktion) GesPflfeg
- h) Antrag der Fraktion Die Linke [0256](#)
Drucksache 19/1658 GesPflfeg
Berlins Krankenhauslandschaft für die Zukunft entwickeln! Haupt

Hierzu: Anhörung

- i) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0239](#)
Krankenhausreform, Digitalisierung, Fachkräfte, Notfallmedizin – was kann Berlin von Dänemark lernen? (Einführung in das dänische Gesundheitssystem)
(auf Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) GesPflfeg

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 26. Februar 2024

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0319](#)
Rolle und Aufgaben der KV zur besseren Versorgung von Long-COVID-Betroffenen in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) GesPflfeg

Hierzu: Anhörung

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1352
**Viertes Gesetz zur Änderung des
Landeskrankenhausesgesetzes**

[0228](#)
GesPflfeg
Haupt(f)
DiDat*

Vorsitzende Silke Gebel macht darauf aufmerksam, als Tischvorlage liege ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD vor.

Christian Zander (CDU) erinnert daran, es habe erst im Jahr 2024 eine Gesetzesänderung gegeben, die aus seiner Sicht sehr kompliziert und aufwendig sei. Die Krankenhausgesellschaft halte einige Streichungen für sinnvoll. Sie habe aber auch Einverständnis zu dem Änderungsantrags signalisiert, mithilfe dessen es zu einer deutlichen Entbürokratisierung kommen werde.

Carsten Schatz (LINKE) erklärt, er verstehe die Stellungnahme der Krankenhausgesellschaft nicht, die aus seiner Sicht bestellt gewesen sei. Der bürokratische Aufwand werde gleich hoch bleiben, denn die einzige Änderung werde darin bestehen, dass künftig nicht mehr bei der Gesundheitsverwaltung, sondern der Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit die Anzahl der neu abgeschlossenen Auftragsdatenverarbeitungsverträge sowie die Anzahl der Personen, von denen im Rahmen dieser neuen Verträge genetische Daten und Gesundheitsdaten im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 der EU-Verordnung 2016/679 verarbeitet würden, angezeigt werden müssten. Im entsprechenden Fachausschuss habe die Datenschutzbeauftragte bekundet, diese Meldungen würden lediglich abgeheftet. Dies sei jedoch nicht sachgerecht, denn die Argumentation der Gesundheitsverwaltung, sie wisse nicht, was sie mit diesen Meldungen anfangen solle, treffe gleichfalls für die Datenschutzbeauftragte zu. Außerdem werde der Datenschutz an dieser Stelle nicht gestärkt, was er gerade für Gesundheitsdaten als extrem schwierig erachte. – Seine Fraktion werde gegen die Gesetzesänderung stimmen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zu. Sodann empfiehlt er dem federführenden Hauptausschuss, der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1352 möge in der soeben geänderten Fassung zugestimmt werden.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2263
**Gesetz zum Abkommen zur Änderung des
Abkommens über die Errichtung und Finanzierung
des Instituts für medizinische und pharmazeutische
Prüfungsfragen**

[0320](#)
GesPflfeg

Der **Ausschuss** empfiehlt ohne Aussprache dem Abgeordnetenhaus, der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2263 – möge zugestimmt werden.

Punkt 7 der Tagesordnung

Petition

**Eingabe zum Thema „Bewerbung des Landes Berlin
beim WHO Netzwerk Age-friendly Cities +
Communities“**

Pet. Nr. 2337/19

Der Petitionsausschuss bittet um Stellungnahme.

[0216](#)

GesPflg

Aus zeitlichen Gründen vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Petition

**Eingabe von Herrn N.
Medizinische Versorgung von obdachlosen
Menschen**

Der Petitionsausschuss bittet um Stellungnahme.

[0243](#)

GesPflg

Aus zeitlichen Gründen vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.